Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 40 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4604.

Nr. 416. | Halle, Montag, den 6. September 1920. | Einzelpreis 30 Pfg.

Der erledigte Zwischenfall!

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Der deutsch-französische Konflikt wegen der Vorfälle in Breslau ist rascher erledigt worden als man zuerst befürchten mußte. Die Franzosen haben nicht darauf bestanden, daß der deutsche Reichskanzler Fehrenbach den Sühnegang nach der französischen Botschaft ausführe, und sie haben auch davon Abstand genommen, den Hauptmann von Arnim diszipliniert zu sehen. Das französische Nachgeben in diesen beiden Kardinalpunkten stellt zweifellos einen neuen Erfolg des Außenministers Dr. Simons dar, der in den Verhandlungen mit dem französischen Botschafter Laurent es zweifellos verstanden hat, diesen einen Einblick in den deutschen Seelenzustand zu verschaffen. Selbst das französische offiziöse Organ der „Temps" gesteht hierzu, daß die Vorgänge in Breslau in gewissem Sinne erklärlich gewesen seien. Auch wenn man daraus noch nicht schließen darf, daß sich Paris nicht länger der Einsicht verschließt, daß die Haltung der Franzosen in Oberschlesien Erbitterung hervorrufen mußte, so wird man doch mit Befriedigung feststellen müssen, daß das schlimmste gegenseitige Mißtrauen geschwunden ist. Der Sühnebesuch, durch Dr. Simons ist gewiß empfindlich, aber da dem Außenminister der Verkehr mit den Botschaften obliegt, ist er doch ganz anders zu werten, als ein gleicher Gang des Reichskanzlers. Der Hauptmann der Reichswehr von Arnim hat seinen Teil geschickt mit aus der Welt schaffen helfen, indem er selber den Antrag auf Versetzung stellte. Es wäre allerdings schlimm, aus der verhältnismäßig schnellen Erledigung des Zwischenfalles nun etwa zu schließen, daß die Erfüllung der Sühnebedingungen für Deutschland eine Kleinigkeit sei. Die Zeremonien in Breslau und Berlin sind in ihrer internationalen Wirkung erhebliche Bußen, die das deutsche Reich aufzuwenden hat, um den Schaden wieder zu reparieren. Es ist sehr bemerkenswert, daß nach einer Mitteilung des Abgeordneten Dr. Stresemann im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages auch die Deutschnationalen anerkannt haben, daß man sich den französischen Forderungen kaum werde entziehen können. So selbstverständlich die Einsicht ist, daß das internationale Leben auf bestimmten Formen basiert, so hat doch die rechtsstehende Presse diese Einsicht in einem Grade vermissen lassen, der alles andere als eine Mahnung an das deutschnationale Publikum war, Ausschreitungen unter allen Umständen zu verhüten. Es wäre wirklich an der Zeit, wenn die parlamentarischen Führer der Deutschnationalen ihre Einsicht nunmehr auch in die praktische Tat umsetzen wollten und strenge Vermahnungen an ihre Anhänger erließen.

Eine Folge der Breslauer Vorgänge ist auch der stille Abschied für den Polizeipräsidenten Eugen Ernst gewesen. Herr Ernst ist sicher einer der schärfsten Gegner nationalistischer Untaten. Als er noch Vorsitzender der alten geeinten Groß-Berliner Sozialdemokratie war, haben unter seiner Leitung oft genug gewaltige Kundgebungen gegen die Völkerverhetzung stattgefunden. Aber er trug formell die Verantwortung für den ungenügenden polizeilichen Schutz, der den Sturm auf das französische und polnische Konsulat ermöglichte. Es ist auch nicht ganz sicher, ob sich Herr Ernst der internationalen Tragweite der Breslauer Vorfälle sofort bewußt gewesen ist. Jedenfalls wird man künftig bei der Besetzung wichtiger Beamtenstellen auch darauf zu achten haben, daß ihren Inhabern ein sicherer politischer Blick eigen ist. Auch der gehört zur Tüchtigkeit, die allein für die Besetzung von Beamtenposten ausschlaggebend sein muß.

Die Lehren von Breslau sind für die deutschen Parteien also recht mannigfaltig. Das ganze deutsche Volk aber wird hoffentlich aus ihnen lernen, daß eine Politik ruhiger Entschlossenheit und kühler Zurückhaltung nicht nur die würdigste, sondern auch in nationaler Beziehung die vorteilhafteste ist.

Die Sühne für Breslau.

WTB. Berlin, 5. September. Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons und der preußische Minister des Innern Severing suchten heute mittag den französischen Botschafter auf. Dr. Simons erklärte Herrn Laurent folgendes:

„In der Note vom 30. v. M. haben Eure Exzellenz der deutschen Regierung die Bedingungen mitgeteilt, unter denen die Regierung der französischen Republik die Beilegung des Zwischenfalles herbeiführen will, der sich auf dem französischen Konsulat in Breslau am 26. August d. J. zugetragen hat. Zugleich haben Sie auf eine Reihe von Kundgebungen und Angriffen gegen zivile und militärische Vertreter Frankreichs in Deutschland hingewiesen. Dabei haben Euere Exzellenz betont, daß die Regierung der französischen Republik mit der deutschen Regierung in einer Atmosphäre der Beruhigung und der Arbeit friedliche Beziehungen zu unterhalten wünsche. Derselbe Wunsch erfüllt die deutsche Regierung. Sie mißbilligt auf das Entschiedenste diese Vorkommnisse, die wie die Vorgänge in Breslau durch gewisse Umstände und Ereignisse erklärt aber nicht gerechtfertigt werden können. Die deutsche Regierung bedauert alle Zwischenfälle, deren Opfer französische Vertreter oder Staatsangehörige geworden sind, und wird die in der Note vom 30. v. M. geforderten Genugtuungen gewähren."

Der französische Botschafter erwiderte:

„Im Namen der Regierung der Republik nehme ich Kenntnis von der Erklärung Eurer Exzellenz und der Zusage der Reichsregierung, daß sie die ihr mitgeteilten Wiedergutmachungsforderungen erfüllen wird. Lassen Sie mich, Herr Minister, der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich ähnliche Zwischenfälle nicht wiederholen und daß die Beziehungen Deutschlands und Frankreichs sich von nun an im Geiste friedlicher Zusammenarbeit gestalten werden, der für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung und das Gedeihen beider Teile so nötig ist."

Sodann machte der Reichsminister von den durch die Reichsregierung, der Minister des Innern von den durch die Preußische Regierung in Erledigung der französischen Forderungen getroffenen oder eingeleiteten Maßnahmen Mitteilung.

WTB. Berlin, 5. Sept. (Amtlich.) Zu den Forderungen, die wegen der Vorfälle in Breslau von der französischen Regierung gestellt worden sind, gehören auch militärische Ehrenbezeugungen durch eine Kompagnie der Reichswehr bei Wiedereröffnung des französischen Konsulats. Aus den Verhandlungen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten ist bekannt geworden, daß sich die Vertreter aller Parteien in voller Würdigung der Schwere dieser einem Teil der Wehrmacht auferlegten Aufgabe dahin ausgesprochen haben, daß die Forderung nicht abgelehnt werden könne. Die Regierung verläßt sich auf den Gehorsam und auf das Pflichtbewußtsein der Truppe, die berufen sein wird, ihrem Eide gemäß die Weisungen der Regierung auszuführen. Sie rechnet bei allen Angehörigen der Wehrmacht auf Verständnis für die schwierige Lage, in der wir uns befinden. Pflicht der Bevölkerung wird es sein, der Truppe die Erfüllung einer Aufgabe, die sie mit Selbstverleugnung auf sich nimmt, nach Kräften zu erleichtern.

Nicht freiwillig gegangen.

Offiziös meldet WTB.: Eine heutige Mittagszeitung bringt die Nachricht, die Versetzung des Hauptmanns v. Arnim sei auf seinen Antrag erfolgt. Diese Nachricht ist nicht zutreffend. Die Versetzung erfolgte auf Beschluß des Reichskabinetts. Ein Antrag des Hauptmanns v. Arnim auf Versetzung liegt nicht vor.

Unparteiische Untersuchung der Vorgänge in Oberschlesien.

WTB. Berlin, 5. Sept. (Amtlich.) Die Reichsregierung hat dem Präsidenten der Friedenskonferenz am 21. August eine Note über Oberschlesien zugehen lassen, in der die verbündeten Regierungen auf den Ernst der Lage im Abstimmungsgebiet sowie darauf hingewiesen wurden, daß die Bildung bewaffneter Banden aus der ortseingesessenen Bevölkerung sich mit den Bestimmungen des Friedensvertrags ebensowenig vereinbaren läßt, wie die Anwesenheit ortsfremder bewaffneter Elemente.

In einer weiteren Note, die am 25. August überreicht wurde, sind die alliierten Regierungen erneut auf die bedrohliche Entwicklung der Dinge in Oberschlesien aufmerksam gemacht und daran erinnert worden, daß die Interalliierte Kommission nach den Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles die Pflicht hat, das Land zu schützen, die Ordnung aufrechtzuerhalten und die Bewohner vor Schaden an Leben und Eigentum zu bewahren. Die Note forderte, daß ohne Verzug die einheimischen Insurgenten vollständig entwaffnet und die über die Grenze eingedrungenen Unruhestifter des Landes verwiesen werden, die Sicherheitspolizei wieder in ihre Rechte eingesetzt und die Verwaltung der insurgierten Kreise und Orte den gesetzmäßigen Behörden zurückgegeben werde.

Nunmehr ist eine Anzahl einwandfrei festgestellter, besonders empörender Gewaltaten gegen Deutsche in Oberschlesien zur Kenntnis des Präsidenten der Friedenskonferenz gebracht und ihm hierbei nachstehende Note überreicht worden:

„Die Nachrichten über Gewalttaten gegen Deutsche in Oberschlesien mehren sich. Der deutschen Bevölkerung im Abstimmungsgebiet wie im übrigen Reich hat sich infolgedessen steigende Erregung bemächtigt, die eine Atmosphäre der Beruhigung und Arbeit nicht aufkommen läßt, vielmehr zu gewaltsamen Gegenmaßregeln aufreizt. Aus der Fülle der hier vorliegenden Meldungen sind einige besonders schwerwiegende Fälle zusammengestellt, deren Ergänzung vorbehalten bleibt.

Die deutsche Regierung ist es dem deutschen Volke schuldig, Klarheit über den tatsächlichen Sachverhalt herbeizuführen und das ihrige zu tun, damit Abhilfe eintritt. Nach der Abmachungen von Paris ist sie nicht in der Lage, durch ihre eigenen Organe in dem von der Interalliierten Kommission verwalteten Gebiete Feststellungen vornehmen zu lassen. Durch private Beauftragte kann dies nicht geschehen. Würden aber die Erhebungen der Interalliierten Kommission überlassen bleiben, so wäre mit Sicherheit anzunehmen, daß das Ergebnis von der erregten Bevölkerung nicht als unparteiisch anerkannt wird.

Der erstrebte Zweck wird nur zu erreichen sein, wenn eine an den Vorgängen in Oberschlesien unbeteiligte Stelle die Aufgabe übernimmt.

Die deutsche Regierung beehrt sich daher, vorzuschlagen, eine von Deutschland, Polen und den alliierten Hauptmächten zu wählende Kommission aus Angehörigen solcher Staaten, die nicht zu den Signatarmächten des Vertrages von Versailles gehören, mit der Feststellung des Sachverhalts zu betrauen. Sie hofft, daß die Tätigkeit einer solchen Kommission auch dazu beitragen wird, in Oberschlesien die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen allein eine dem Sinne und dem Wortlaute der Verträge entsprechende Abstimmung erfolgen kann."

Die Regierungen in Paris, London, Rom und Warschau sowie der Päpstliche Stuhl werden von dem Inhalt der Note in Kenntnis gesetzt.

Weißbücher über Oberschlesien.

Berlin, 5. Sept. Amtlich. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages hat die Reichsregierung ersucht, ihm eine Zusammenstellung der einwandfrei feststellbaren Tatsachen über Oberschlesien zu übermitteln. In Erledigung dieses Ersuchens werden drei Weißbücher zusammengestellt.

Das erste wird eine authentische Schilderung aller von den Aufständischen verübten Gewalttaten und Morde enthalten.

Das zweite wird Beweise dafür erbringen, daß ein Teil der in Oberschlesien verwandten interalliierten Truppen es nicht nur unterlassen hat, gegen die Aufständigen einzuschreiten, sondern daß sogar an einigen Stellen von der Truppe offen für die polnischen Banden Partei genommen worden ist.

Das dritte Weißbuch wird sich mit den Vorbereitungen beschäftigen, die polnischerseits für die Organisation des Aufstandes getroffen wurden. Das Weißbuch wird sich im wesentlichen auf polnisches Material stützen, das durch die Wachsamkeit unerschrockener deutscher Zollbeamter einem widerrechtlich die Grenze überschreitenden Kurier Korfantys abgenommen worden ist.

Die Ausführung des Entwaffnungsgesetzes.

Berlin, 4. Sept. Der dem Reichskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung beigegebene parlamentarische Beirat hat heute den Entwürfen der zweiten und dritten Ausführungsbestimmung zum Entwaffnungsgesetz zugestimmt. Die zweite Ausführungsbestimmung setzt fest, daß neben Armeerevolvern auch Armeepistolen ablieferungspflichtig sind. Die dritte Ausführungsbestimmung enthält ein allgemeines Verbot der Beförderung von Militärwaffen, Teilen von Militärwaffen und Munition. Unter das Verbot fallen nicht die Transporte, die auf Grund von Bestimmungen des Friedensvertrages ausgeführt werden. Alle diese Transporte müssen als solche äußerlich gekennzeichnet sein. Waffen- und Munitionstransporte für die Reichswehr oder die beamtete Polizei bedürfen in jedem Einzelfalle der Genehmigung des Reichswehrministeriums, oder der Zentral-Polizeibehörden der Länder. Die Genehmigung muß auf den Begleitpapieren vermerkt und beglaubigt werden. Bei sonstigen Transporten hat der Transportführer eine Ausfertigung der Genehmigung bei sich zu führen und den zuständigen Beamten auf Verlangen vorzuzeigen. Zuwiderhandlungen unterliegen den schweren Strafen des Entwaffnungsgesetzes.

Lösung der Eisenbahnerkrise.

Wegen der eigenmächtigen Eingriffe verschiedener Eisenbahnbetriebsräte in die Verhältnisse bezüglich Waffen- und Munitionstransporte hatte sich in den letzten Tagen eine sehr gespannte Lage entwickelt. Der Reichsverkehrsminister Gröner hatte frühere Vereinbarungen über Kontrollmaßnahmen der Arbeitervertreter wieder aufgehoben und neue Anordnungen getroffen, durch die sich die Arbeiter ihrer Rechte beraubt glaubten. Es hatten alle möglichen Versuche von Organisationsvertretern der Eisenbahnarbeiter und von unabhängigen Abgeordneten stattgefunden, um den Reichsverkehrsminister und sogar den Reichskanzler zur Aenderung der neuen Bestimmungen zu bewegen. Beide verschoben indessen die Entscheidung auf die Sitzung des parlamentarischen Beirats für die Entwaffnung, die am Sonnabend vormittag einberufen war. In dieser Sitzung ist nun eine Lösung vorgetragen und von den bürgerlichen Parteien gutgeheißen worden, gegen die zwar die Vertreter der beiden sozialistischen Fraktionen im Beirat gestimmt haben, die aber hoffentlich nun doch beibehalten und auch von den geregten Eisenbahnern anerkannt werden wird.

In der Sitzung des Beirats wurden zunächst die Ausführungsbestimmungen des Reichskommissars für die Entwaffnung bezüglich der Behandlung von Waffen- und Munitionstransporten und Truppennachschüben gutgeheißen und ohne Aenderung angenommen. Die Erörterungen darüber gaben aber dem Beirat auch noch Veranlassung, sich eingehend mit den Zwischenfällen der letzten Zeit auf den Eisenbahnen zu beschäftigen. Der Reichskommissar erklärte, daß er mit der Kontrolle der neuen Ausführungsbestimmungen wegen der Beförderung von Militärwaffen und Militärzügen in jedem Eisenbahndirektionsbezirk einen Ausschuß betrauen werde, der sich zusammensetzen soll aus einem beamteten Referenten der Eisenbahnverwaltung und einem Obmann des Eisenbahnbetriebsrates. Dieser Ausschuß soll an Ort und Stelle auftretende Zweifel oder Verdachtsmomente klären. Können sich die beiden nicht verständigen, so ist die Entscheidung des Reichskommissars für die Entwaffnung einzuholen. — Der Vertreter des Reichsverkehrsministers gab dazu noch eine Verfügung bekannt, wonach alle Transporte, die nicht unter das neue Verbot fallen, rücksichtslos durchzuführen sind. Gegen Bedienstete, die sich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200906015/fragment/page=0001

dem widersetzen, soll mit allen Mitteln, nötigenfalls mit Entfernung aus dem Amte oder dem Dienstverhältnis, gegen Dritte durch Anzeigen an die Staatsanwaltschaft eingeschritten werden. Truppentransporte, die auf Anordnung der zuständigen Behörde erfolgen, sind unter keinen Umständen anzuhalten.

Der parlamentarische Beirat faßte angesichts dieser Erklärungen auf Antrag des Vertreters der Demokratischen Fraktion, dem sich auch die Vertreter der übrigen bürgerlichen Parteien anschlossen, folgenden Beschluß: „Der Beirat nimmt von den Erklärungen des Reichskommissars für die Entwaffnung und des Vertreters des Reichsverkehrsministers Kenntnis, nach welcher Transporte, die den Ausführungsbestimmungen des Entwaffnungsgesetzes genügen, von Unbefugten weder angehalten noch kontrolliert werden dürfen. Der Beirat billigt dieses Vorgehen der Regierung als ein unbedingtes Erfordernis der Staatsautorität."

Die beiden sozialdemokratischen Parteien stimmten gegen diese Resolution, obwohl der Sprecher der Mehrheitssozialdemokratie sich inhaltlich mit der Resolution einverstanden erklärt hatte, dahingehend, daß auch die Mehrheitssozialdemokratie sich gegen eigenmächtige Eingriffe Unbefugter gegenüber Transportzügen wende.

Ein Antrag der Deutschnationalen, der sich gegen die Mitwirkung des Obmanns des Eisenbahnbetriebsrats in dem Kontrollausschuß aussprach, wurde gegen die Stimmen aller übrigen Fraktionsvertreter abgelehnt. Dabei hob der Vertreter der Demokraten ausdrücklich hervor, daß man die Zuziehung des Obmanns als des Vertrauensmanns der Verkehrsarbeiterorganisationen nur begrüßen könne. Diese Hinzuziehung sei die beste Gewähr gegen weitere unberechtigte und planlose Eingriffe.

Der Reichskommissar gab im übrigen noch die Erklärung ab, daß die bisherigen Bestimmungen und Maßnahmen zur Entwaffnung in voller Uebereinstimmung mit den Ländern getroffen seien und sich bisher als praktisch bewiesen hätten, um das Ziel des Gesetzes zu erreichen.

Fortsetzung der russisch-polnischen Verhandlungen.

Moskau, 4. Sept. (Durch Funkspruch.) Die polnische Delegation hat Minsk gestern verlassen, um sich nach Brest-Litowsk zu begeben. In der Abschlußsitzung am Donnerstag wurde von beiden Seiten bestätigt, daß zur Beschleunigung der Verhandlungen die Verlegung des Verhandlungsortes nach einem neutralen Lande angebracht sei, was eine Fortsetzung der Verhandlungen, nicht aber einen Abbruch derselben bedeute.

Vom Kriegsschauplatze.

Königsberg, 5. September. Am 3. September wurde polnische Kavallerie von litauischer Infanterie und Artillerie zurückgeworfen und Suwalki von den Litauern besetzt. Die Litauer setzen ihren Vormarsch fort. Oestlich von Brest-Litowsk örtliche Kämpfe. Die Armee Budjennys zieht sich nach einem vergeblichen Entlastungsstoß weiter zurück. Oestlich Lemberg örtliche bolschewistische Gegenangriffe.

Feindseligkeiten zwischen Lettland und Litauen.

Paris, 5. Sept. Ein Moskauer Funkspruch meldet, daß [illegible] zwischen Lettland und Litauen begonnen hätten. Der Funkspruch erklärt, daß die lettischen Soldaten nicht in den Krieg ziehen wollten.

•

Paris, 5. Sept. Havas meldet aus Riga: Die lettische Konstituante ratifizierte am Donnerstag einstimmig den am 13. Juli mit Rußland abgeschlossenen Friedensvertrag.

Sowjetrußland auf neuen Wegen.

Moskau, 4. Sept. (Durch Funkspruch.) Hier ist ein Volkskommissariat für auswärtigen Handel gebildet worden als einziges technisches Vollzugsorgan für die Einfuhr und Ausfuhr. Es soll nach einer amtlichen Kundgebung bei Erfüllung seiner Aufgaben das Alte mit dem Neuen, das Kommunistische mit dem Kapitalistischen ausgleichen. Das neue Volkskommissariat ist auch das einzige verteilende Organ. Alle aus dem Auslande eintreffenden Waren werden von ihm an die zuständigen Wirtschaftszentralen weitergeleitet. Es kauft die verschiedensten Waren auf und verkauft sie weiter; außerdem tritt es mit Handelsgesellschaften in Verbindung, welche ausschließlich kapitalistische Ziele verfolgen, und knüpft mit ihnen Beziehungen an.

Die Errichtung dieses Kommissariats beweist ebenfalls, daß Lenin und Trotzki mit ihrer Weisheit am Ende sind und Raubbau an der russischen Wirtschaft treiben.

Danzigs Grenzen.

Danzig, 4. Sept. Die Grenzkommission unter Vorsitz des Generals Dupont hat heute die Freistaatsgrenze von der Ostsee bei Zoppot bis zum Lonkener See festgesetzt.

Der Hanauer Generalstreik zusammengebrochen.

Hanau, 5. Sept. Der Hanauer Generalstreik, an dem etwa 14 000 Arbeiter beteiligt waren, ist beendet. Die Arbeit wird heute, Montag, in allen Betrieben wieder aufgenommen. Maßregelungen dürfen nicht erfolgen. Eine Bezahlung der Streiktage erfolgt nicht.

Der „Idealismus" der Einstein-Gegner.

Die „Freiheit" ist in der Lage, einen Brief zu veröffentlichen, den Paul Weyland, von dem anscheinend die „Arbeitsgemeinschaft deutscher Naturforscher" zur Bekämpfung Einsteins begründet ist, am 23. Juli 1920 an einen hervorragenden Physiker gerichtet hat. Der Brief lautet:

Sehr geehrter Herr Professor!

Nachdem die ernsthafte exakte Wissenschaft nunmehr einhellig zur Ablehnung der Einsteinschen Forschung gelangt, wird geplant, auch der gebildeten Laienwelt gegenüber mit Gegengründen zu kommen, nachdem diese lange genug mit Einsteinschen Ideen bis zum Erbrechen gefüttert ist. Ich frage als Schriftwart der Einsteingegner an, ob Sie gewillt sind, sich an den Vorträgen gegen Einstein zu beteiligen und könnte unter dieser Voraussetzung Ihnen nach Erhalt Ihrer Zusage mit weiteren Details dienen. Ich erbitte der Eiligkeit halber gütigst Drahtantwort. Geschäftlich dürfte bei der Sache ein Gewinn von etwa 10 000 bis 15 000 Mark für Sie herauskommen.

In ausgezeichneter Hochachtung sehr ergebenst

Weyland..

Ein Physiker schrieb vor einigen Tagen: „Die Einstein-Hetze ist etwas Tieftrauriges. Ein Zeichen dafür, wie krank das deutsche Volk ist." Wir hoffen, daß die obige Publikation wenigstens dieses Krankheitssymptom kurieren wird. Für die Oeffentlichkeit dürfte die „Arbeitsgemeinschaft" damit erledigt sein.

Deutschlands Einfuhr nach Amerika.

Nach einer Meldung des Petit Journal aus Neuyork betrug die deutsche Einfuhr nach den Vereinigten Staaten im Juli 10 435 000 Dollar gegen 291 000 Dollar im Juli vorigen Jahres.

Zur Abänderung des Reichsbesoldungsgesetzes.

Darmstadt, 4. Sept. Am 3. und 4. September fanden hier unter Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Wirth Besprechungen der Finanzminister der großen Staaten statt. Es wurde über den Entwurf einer Abänderung des Reichsbesoldungsgesetzes verhandelt. Gegen den Entwurf wurden wegen der Rückwirkung auf die Besoldungsordnung der einzelnen Staaten nicht unerhebliche Bedenken geltend gemacht. Anerkannt wurde, daß die Staaten mit ihren Besoldungsgesetzen nicht über das Reichsgesetz hinausgehen dürften, ferner, daß man in Besoldungsfragen mit äußerster Vorsicht und Zurückhaltung vorgehen müsse, um die Finanzlage des Reiches vor völligem Zusammenbruch zu bewahren.

Der Kommunismus in Italien.

Paris, 5. Sept. Wie Havas aus Tilsit meldet, dehnt sich die Arbeiterbewegung aus. Man meldet Zusammenstöße zwischen Truppen und Streikenden.

Wie „Temps" meldet, haben die bolschewistischen Schiffer in Genua sich aller im Hafen liegenden Handelsschiffe bemächtigt und drohen, alle Kriegsschiffe, die den Versuch machen sollten, in den Hafen einzufahren, zu beschießen.

Nach einer Meldung aus Mailand geht die Bewegung der Metallarbeiter weiter und hat ihren Höhepunkt erreicht. Es wurden weitere Fabrikbetriebe besetzt. In Terni haben 2000 Arbeiter die bedeutenden Stahlwerke dieser Stadt besetzt. Wie Secolo aus Rom meldet, ist die Regierung entschlossen, sich in diesem Konflikt neutral zu verhalten.

Basel, 6. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) In einer Versammlung der Vertreter der hauptsächlichsten Arbeiterorganisationen am Sonnabend in Mailand wurde über die Frage beraten, ob man die Besitzergreifungen der Fabriken durch die Arbeiterschaft nicht auf sämtliche Fabriken Italiens ausdehnen solle oder ob man eine Verständigung mit Hilfe der Regierung herbeiführen solle. Der Sonnabend ist im übrigen in ganz Italien ohne Zwischenfälle verlaufen, jedoch fahren die Arbeiter fort, sich die Fabriken anzueignen. In Turin haben sie sogar die mehr als 20 000 Arbeiter beschäftigende Automobilfabrik Fiat in Verteidigungszustand versetzt. Sie legten hier Schützengräben, Drahtverhaue und Wolfsgruben an und armierten sie mit Maschinengewehren. Außerdem stehen ihnen zwei Tanks zur Verfügung. Die Fabrikeinrichtung dient ihnen zur Herstellung von Bomben. Die Haltung der Regierung ist weiterhin abwartend.

Deutsches Reich.

Der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages hat die Tagesordnung für seine am heutigen Montag nachmittag beginnenden Verhandlungen abändern müssen, weil der Ernährungsminister Dr. Hermes nach Stresa zur Konferenz mit dem italienischen Ernährungsminister reisen mußte. Deshalb will der Ausschuß die Ernährungsfragen, die ursprünglich im Vordergrund seiner Beratungen stehen sollten, erst später behandeln. Die neue Tagesordnung lautet jetzt: 1. Konjunkturgewinnabgabe in der Leder- und Schuhindustrie, 2. Entwurf eines Gesetzes über Einziehung von Geldbeträgen bei Kriegsorganisationen, 3. Aufhebung der Zwangswirtschaft in der Industrie, 4. Antrag Ledebour betr. Erwerbslosenfürsorge, 5. Anträge über die Getreidebewirtschaftung, 6. Bericht über die Ernährungskonferenz, 7. Petitionen. Die Ausschußsitzungen werden voraussichtlich mehrere Tage dauern. Ob indessen der Ausschuß zusammengehalten werden kann, bis der Reichsernährungsminister aus Stresa zurückkehrt, was frühestens Freitag dieser Woche erwartet werden kann, ist fraglich.

Geschlechtliche Verseuchung des besetzten Gebietes. Dem Reichstagsausschuß für Bevölkerungspolitik sind vom Reichsamt des Innern neuerdings zwei Berichte über die geschlechtliche Verseuchung des besetzten Gebietes zugegangen. Der eine ist vom Regierungspräsidenten in Koblenz, der andere von der Regierung der Pfalz erstattet worden. Beide beziehen sich auf die Zustände, die im Mai d. J. in den besetzten Gebieten geherrscht haben. Da von einer Besserung inzwischen nichts bekannt geworden ist, muß man leider annehmen, daß die Schilderungen auch jetzt noch zutreffen. Leider! Denn beide Berichte geben erschütternde Darstellungen. Besonders der Bericht aus dem Bezirk Koblenz entrollt ein düsteres Bild. Er schätzt die Verseuchung durch Geschlechtskrankheiten auf das Drei- bis Fünffache der Vorkriegszeit. Das fremdartige Männermaterial habe offensichtlich einen starken Reiz auf das weibliche Geschlecht ausgeübt. In der Stadt Koblenz, wo die zahlreichen amerikanischen Soldaten infolge der Valutaverhältnisse monatlich drei- bis viertausend Mark Löhnung erhielten, wurden die Begleiterscheinungen einer ausgebreiteten

Die Gründung der Volksbühne.

Halle, 6. September 1920.

Der Aufruf zur Gründung einer Volksbühne hatte in allen Teilen der Bevölkerung freudiges Echo erweckt. In fast allen Teilen. In der vergnügtesten Gesellschaft gibt es ein grämliches Gesicht. Das gehört dazu, daß einer unzufrieden ist. — Da man es in Halle gewohnt ist, daß das Theater schlecht besucht ist, so befürchteten die Pessimisten, schon die Gründungsversammlung der Volksbühne werde der Zurückhaltung begegnen. Sie hatten sich geirrt. Hunderte mußte vor den Toren des Stadtheaters umkehren, obwohl man zur Versammlung, zur Gründungsversammlung eines Vereins, Eintrittsgelder erhoben hatte. Das Publikum entsprach durchaus dem Publikum einer Volksbühne. Es soll sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammensetzen; darum besteht es vornehmlich aus kleinen Leuten, der Mittelstand tritt zurück und die oberen Zehntausend tauchen in der Menge nur vereinzelt auf, aber es schließt sich keiner aus.

Um die Idee der Volksbühne plausibel zu machen, hatte man einen Fachmann von Ruf aus Berlin kommen lassen, Dr. Ludwig Seelig, Theaterreferent im Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung. Seelig ist ein Theatermann ersten Ranges und gleichzeitig Wirtschaftspolitiker. Er wählte sich zu seinem Vortrage, der anderthalb Stunden währte, das Thema „Kunst und Volk". Wenn sich seine Ausführungen zu Anfang in stark wissenschaftlichem Gleise bewegten und den Eindruck machten, daß sie durchaus nicht geeignet seien, auf eine große Volksmenge zu wirken, so erwies er sich alsbald doch als ein sehr guter Redner. Er arbeitete die Punkte, auf die es ihm ankam, zu grellen Lichtern aus. Er stellte dem kleinen Mann die Vorteile der Volksbühne, der Allgemeinheit die Notwendigkeit der Volksbühne und dem Theaterfachmann die Lichtseiten der Volksbühne so beredt vor Augen, daß sich selbst die, die prinzipiell Gegner seiner sozialistischen Anschauungen sind, die Notwendigkeit der Gründung überzeugen ließen. Er erzählte viel Wahres, viel Uebertriebenes und viel Bittres über das Verhältnis der Fürstenhöfe zu den Theatern in vergangenen Zeiten, viel Wahres über soziale Moral, Interessantes über russische Kunstverhältnisse —; sein Vortrag war angemein gelenk; er sprang behend von einem Punkt zum andern, ohne indes streng gegliedert zu sein.

Die Auseinandersetzungen gipfelten im Wesentlichen auf folgenden Momenten: Die deutschen Theater müssen unter den jetzigen Umständen zugrundegehen. Sie sind privatwirtschaftliche Unternehmungen und das Publikum bringt die Gelder zu ihrer Unterhaltung unter den gegebenen Verhältnissen nicht auf. Finanziell sind Staat und Städte nicht imstande, die Institute zu retten. Wem an einer Erhaltung gelegen ist, der muß dazu beitragen, daß die Anteilnahme des Volkes erhöht wird. Das beste Mittel dazu ist die Gründung von Volksbühnen. Nur diese geben dem Theater eine gesicherte Existenz. Seelig führte als Beweis die Berliner Volksbühne an, die mehr als hunderttausend Mitglieder hat und die neuerdings zahlreiche Bewerbungen um Aufnahme hat abweisen müssen. Sie hat mit dem Berliner Schauspiel- und mit dem Berliner Opernhaus einen Vertrag auf 25 Jahre abgeschlossen. Die Volksbühnen haben das Gute, daß sie die Existenz der Theater gewährleisten und daß sie gleichzeitig die kulturelle Bestimmung der Theater in den Vordergrund rücken. Sind die Theater rein privatwirtschaftliche Unternehmungen, dann kommen sie dem Unterhaltungsbedürfnis der Kapitalkräftigen immer mehr entgegen und kommen immer weiter ab von ihrer kulturellen Mission. Die Volksbühne aber, die sich ihr Theater selbst schafft und kapitalistisch uninteressierte, mir Kunstsinn begabte Männer an die Spitze stellt, ist imstande, die Theater zu Kulturinstituten zu machen, an denen das ganze Volk teilnimmt wie etwa im alten Griechenland und in England zurzeit Shakespeares. Seelig erklärte, daß er mit Max Reinhard über diese Dinge vielfach konferiert habe, daß aber Reinhard auf direkt entgegengesetztem Standpunkt stehe. Reinhard will an der Spitze des Theaters eine oder mehrere starke Persönlichkeiten gestellt wissen, ohne aktive Teilnahme des Volkes. Seelig ist trotzdem überzeugt davon, daß die Gründung von Volksbühnen die einzige Möglichkeit zur Rettung der deutschen Theater bedeutet. Die Volksbühnen allein freilich können die Theater nicht auf hohem Niveau erhalten; denn für bestimmte Gebiete, namentlich die Oper, sind die materiellen Anforderungen so hoch, daß neben der Volksbühne die kapitalistische Einzelwirtschaft nötig ist. In der Vereinigung der bestehenden Kapitalwirtschaft mit der Volksbühne erblickt Seelig die Gewähr für die Erhaltung und die Gesundung des deutschen Theaters. —

Das sind Dinge, denen sich niemand verschließen wird. Wir haben dieselbe Erscheinung in fast allen Städten Deutschlands: Die Theater sind schlecht besucht. Denn das Theater ist nicht mehr eine Stätte für alle, sondern der Vergnügungs- eventuell auch Bildungsort für Kapitalkräftige. Die „neuen Reichen" ziehen andere Vergnügungsstätten vor; die Theater sind leer. Die Betriebskosten sind ins Riesenhafte gestiegen; die Theater stehen vor dem Ruin. Die Volksbühne aber kann das Theater retten. Bekommt die hallische Volksbühne z. B. 12 000 Mitglieder, von denen jedes Anspruch auf 10 Vorstellungen hat, so wird das Theater, das 1000—1200 Plätze hat, 100 bis 120 Aufführungen geben, die ausverkauft sind. Es bekommt somit von der Volksbühne ungefähr 300 000 Mark garantiert. Daß damit seine Existenz gerettet ist, liegt auf der Hand. Die kulturellen Werte der Volksbühne sind enorm. Der kleine Mann, der sich vielleicht in der ersten Vorstellung des Clavigo langweilen wird, gewöhnt sich mit der Zeit derart an das Theater, daß ihm der Besuch Bedürfnis ist; das Theater wird als moralische Erziehungsanstalt wieder in Kraft treten. Der kleine Mann wird die 30 Mark Eintrittsgelder für die 10 Vorstellungen aufbringen können; er treibt heute auch die hohen Eintrittsgelder für Kino, Variété, Tingeltangel auf. Das Gefühl des kleinen Mannes für wahre Kunst, für erhebende, erzieherische Dichtung ist größer, als gemeinhin angenommen wird. Ist der Anfang gemacht, dann stellt sich der gute Geschmack und der gesunde Blick schnell ein. Dasselbe gilt übrigens für alle Kreise. Heute, in der Zeit des Verfalls, haben wir weite Kreise, die sich elegant und teuer, zum Teil auch geschmackvoll, kleiden, die tanzen, Geselligkeit pflegen, Reisen machen, die aber von wahrhaft kulturellen Dingen keine Ahnung haben. —

Seeligs Ausführungen wurden durch drei Redner, die sich der vorgeschlitzten Zeit halber kurz faßten, erhärtet. Der Universitätsrektor Professor Menzer sprach in getragener Rede von der Kulturmission des Theaters, Intendant Schöse mit Eindringlichkeit von den guten Absichten des Theaters und Stadtverordnetenvorsteher Hennig gab sich Mühe, etwa entstandene Mißverständnisse zu berichtigen.

Es wurde alsbann mitgeteilt, daß das Mitglied der Volksbühne vorausgesetzt 0,50 Mark Monatsbeitrag und für jede Vorstellung einen Eintrittspreis von 3 Mark zu entrichten habe, so daß die 10 Vorstellungen auf 36 Mark zu stehen kämen. Zur Aufführung in dem aufs Beste instand gesetzten Thaliatheater sind geplant u. a. Goethes „Clavigo", Lessings „Nathan der Weise", Schillers „Kabale und Liebe", Maria Magdalena" von Hebbel, „Der Volksfeind" von Ibsen, „Uriel Acosta" von Gutzkow, „Hamlet" von Shakespeare, „Der Verschwender" von Raimund und „Die Lokalbahn" und Lottchens Geburtstag" von Ludwig Thoma. Herr Hennig gab weiter bekannt, daß der Arbeitsausschuß aus 5 Mitgliedern und der künstlerische Vorstand aus 8 oder neun Mitgliedern bestehen werde. Er verlas die Namen der Männer, die voraussichtlich die Ausschüsse bilden werden. Die geplante Zusammensetzung des künstlerischen Ausschusses rief mit Recht einige Verwunderung hervor. Es ist zut und taktisch richtig, bei der Zusammensetzung des Arbeitsausschusses politische Momente mitspielen zu lassen. Was aber den künstlerischen Ausschuß betrifft, so hat jedwede politische Neigung auszuschalten. Wählt man in den künstlerischen Ausschuß Männer, die einer Mehrheit politisch sympathisch sind, ohne ein durchaus gefestigtes Verhältnis zur Kunst zu haben, so versetzt man damit der kaum geborenen Volksbühne den Todesstoß. M. F.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200906015/fragment/page=0002

Prostitution auf Schritt und Tritt beobachtet. Oft genug könne man selbst ganz junge Mädchen von 14 bis 16 Jahren mit den Amerikanern Arm in Arm sehen. In der Pfalz mußten auf Befehl der französischen Besatzungsbehörde Bordelle eingerichtet werden, in Speyer, Ludwigshafen, Kaiserslautern und Landau. Den Städten erwuchsen aus dieser Auflage ganz erhebliche Kosten. Schlimmer aber wirkt natürlich das entsittlichende Beispiel, zumal in einem dieser Städte auch deutschen Zivilpersonen Zutritt zum Bordell gewährt wird.

Eine Ente. Durch die Zeitungen ist die Nachricht gegangen, das Reichskabinett habe sich bereits mit der Frage der Wahl des Reichspräsidenten beschäftigt, und für die Wahl einen naheliegenden Termin in Aussicht genommen. Wie wir dazu aus parlamentarischen Kreisen erfahren, ist nur einmal vor etwa sechs Wochen in einer Kabinettssitzung nebenher auch von der Präsidentenwahl gesprochen worden. An einen Beschluß hat man damals nicht gedacht. Inzwischen ist die ganze Frage noch nicht wieder im Reichskabinett aufgetaucht. Sie könnte auch nicht ohne gleichzeitige Entscheidung über andere wichtige politische Probleme, wie zum Beispiel der Preußenwahl, behandelt werden.

Ausland.

Elsaß-Lothringen als Vorbild.

Straßburg, 6. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Tagtäglich kommen Franzosen nach Elsaß-Lothringen, um daselbst die Einrichtung der Handwerkskammern kennenzulernen. So war vor einigen Tagen der Direktor der Lehrlingsschule von Paris in Metz und hat sich die Prüfungswerkstätten des Gewerbehauses angesehen.

Der Wiederaufbau Verdunns.

Straßburg, 6. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Von Metz ging ein Arbeitskommando in Stärke von über 70 Mann nach Verdun ab. Die Metzer städtische Arbeitsnachweisstelle stellte das Kommando auf und sorgte für seinen Abtransport. Die Arbeitsstelle zahlt den Arbeitern 25 Franken pro Tag. In Zukunft soll alle 14 Tage ein Transport abgehen.

Die irische Frage.

Genf, 6. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Ein Angestellter der Genfer Straßenbahn namens Dervray sandte folgendes Telegramm an Lloyd George nach Luzern: „Ich gebe Ihnen 24 Stunden Zeit, den Bürgermeister von Cork freizulassen, wenn nicht . . .“ Dieses Drohtelegramm wurde der Genfer Polizei übersandt, die unverzüglich eine Untersuchung einleitete. Der Absender wurde verhaftet. Er erklärte, er hätte nur beabsichtigt, Lloyd George Angst einzujagen. Er ist inzwischen in Schutzhaft genommen worden. In Anbetracht aller vorliegenden Umstände hat die Genfer Staatsanwaltschaft eine Haussuchung in seiner Wohnung anberaumt, bei der zahlreiche Briefschaften beschlagnahmt wurden.

Proklamierung des Libanonstaates.

Beirut, 3. Sept. (Havas.) Am 1. September ist durch General Gouraud der Staat Groß-Libanon proklamiert worden. Der Sitz der neuen Regierung soll Beirut sein. Die Nationalflagge zeigt die französischen Farben mit einer Zeder im weißen Streifen.

Provinzial-Nachrichten.

♢ **Ronneburg**, 5. Sept. (Zum Mörder) wurde ein jähzorniger Knecht im Tinterschen Gute zu Rückersdorf, der mit einem anderen Knecht, einem gefangenen Russen, wegen beruflicher Angelegenheit, am Tische sitzend, in Streit geriet und bei dessen Widerspruch mit seinem scharfgeschliffenen Taschenmesser nach ihm warf. Die Klinge durchbohrte die Kleidung und drang ins Herz des Russen, der alsbald verschied. Der an seinem Tode schuldige Knecht floh aus dem Gute und wurde bei seinen Eltern in Lagenberg verhaftet.

♢ **Hoyerswerda**, 4. Sept. (Ein Raubüberfall mit Todesfolge) trug sich halbwegs Neudorf-Burg zu. Als die von der Nachmittagsschicht heimkehrenden Arbeiter Matthes Mucha und Paul Hantsch sich an jener Wegestelle befanden, wurden sie plötzlich von einem Wegelagerer überfallen, der nach wenigen Worten aus einem Revolver sechs Schüsse abfeuerte, von denen vier den Mucha trafen, Hantsch kam mit dem bloßen Schrecken davon. M. feuerte nach der ersten Ueberraschung auf den Angreifer, worauf dieser die Flucht ergriff. Es stellte sich nunmehr heraus, daß Mucha erheblich verletzt worden war. Heute früh ist er seinen schweren Verletzungen erlegen. Der Täter scheint ein auf der Grube beschäftigter polnischer Arbeiter zu sein, der in dem Glauben, daß für die Polen die Arbeit hier bald beendigt sein dürfte, auf diese Weise sich mit Geld versehen wollte, da er wußte, daß die Genannten ihren Lohn bei sich trugen.

✠ **Magdeburg**, 4. Sept. (Begnadigt.) Der am 9. März zum Tode verurteilte Arbeiter Oelze, der s. Zt. die Kassiererin des Metallarbeiterverbandes, Frau Martha Kleinau ermordet und um 23 Mark beraubt hatte, ist zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden.

□ **Weimar**, 4. September. (Justizrat Dr. Paul Flinzer) ist nach längerem Leiden im Alter von 61 Jahren gestorben. Er hat in vielen öffentlichen Aemtern eine führende Rolle gespielt. Lange Jahre, bis zu seiner Erkrankung, gehörte er dem Gemeinderat an und als Geh. Kommerzienrat Döllstädt verstarb, wurde er dessen Vorsitzender. Jahrzehntelang war er auch Vorsitzender des Landesverbandes des deutschen Flottenvereins. Gutes hat der Verstorbene aber vor allem als Vorsitzender des Blindenvereins für Sachsen-Weimar gestiftet.

✠ **Blankenhain**, 4. Sept. (Zu dem Geldschrankdiebstahl im hiesigen Amtsgerichtsgebäude) wird noch gemeldet, daß als Täter frühere Sträflinge in Betracht kommen. Die Diebe schafften den zwei Zentner schweren eisernen Geldkasten vom oberen Stockwerk nach der Kohlstatt, wo sie ihn erbrachen. In dem Kasten befanden sich gegen 100 Mark. Zum Transporte des Geldbehälters benutzten die Täter einen Wagen, der im Hofe des Amtsgerichts stand. Aus verschiedenen Zimmern entwendeten die Diebe auch die Dienstkleidung.

Eisenach, 4. Sept. (Der Senior der Thüringer Radfahrer) der frühere Schuhmachermeister Christian Eigemann, ist im Alter von 82 Jahren gestorben. „Christel“ — wie er allgemein hieß — war in seiner Jugend als Zunftgenosse Hans Sachsens in Frankreich und Paris gewesen, sprach ein „künstliches“ Französisch und tat es an radfahrerischen Leistungen noch vor wenig Jahren der Jugend gleich. Sein Ehrgeiz war die Bergfahrt zur „Hohen Sonne“, die er ohne Absteigen erreichte.

♢ **Meiningen**, 3. Sept. (Wegen Diebstahls von Heeresgut) sind auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft der Bäckermeister Götz von hier, dessen Lehrling, ferner Schneider Schmidt, sowie Luther aus Ostheim, der die gestohlenen Güter verschoben hat, und der Offizier-Stellvertreter Richard Landgraf aus Wasungen verhaftet worden. Auch sollen noch einige hiesige Feldwebel an den Diebstählen beteiligt sein. Ins Rollen kam die Angelegenheit dadurch, daß der Lehrling von Götz bei einem Diebstahl ertappt wurde und durch seine Vernehmung schwer belastendes Material zutage trat. Gleichzeitig fanden auch die Papierdiebstähle in der Papierwarenfabrik von Gebr. Heinemann hierdurch Aufklärung, die in der Hauptsache von den erstgenannten drei Personen ausgeführt wurden, während Luther als Abnehmer und Hehler hierbei in Frage kommt. Der Offz.-Stellv. Landgraf hatte sich um den Schutzmannsposten in Wasungen beworben.

Kunst und Wissenschaft.

k. **Der Verein der Freunde Herbartischer Pädagogik**, wohl die größte pädagogische Vereinigung Deutschlands, abgesehen natürlich von den allgemeinen Lehrervereinigungen rein beruflichen Charakters —, welcher unter der Leitung des Jenaer Universitätsprofessors Dr. D. Wilhelm Rein steht und unter seinen fast 2000 Mitgliedern sämtliche Lehrerkategorien vom Volksschullehrer bis zum Universitätsdozenten vereinigt, wird seine diesjährige Hauptversammlung am 1. u. 2. Oktober in Saalfeld i. Th. abhalten. Professor Dr. Rein wird die Ergebnisse der Reichsschulkonferenz kritisch beleuchten und Professor Dr. Rohl-Göttingen wird über die Aufgaben und Ziele der Volksschule sprechen.

Hochschulnachrichten.

Der Leipziger a. o. Professor für Kunstgeschichte, Dr. Martin Wackernagel, über dessen Berufung an die Universität Münster i. W. wir bereits berichtet haben, hat den Ruf als Nachfolger von Professor Ehrenberg angenommen und wird sein neues Amt in Münster schon im kommenden Semester übernehmen.

Das Extraordinariat für Anatomie und Histologie in der Erlanger mediz. Fakultät ist vom 1. Oktober d. Js. ab dem mit dem Titel und Rang eines a. o. Professors bekleideten Privatdozenten und ersten Assistenten am anatom. Institut daselbst Dr. med. et phil. Arnold Spuler übertragen worden, zugleich erhielt Professor Spyler für seine Person Titel und Rang sowie die akademischen Rechte eines ordentlichen Professors. Dr. Spuler, ein geborener Badener, ist seit 1883 am Erlanger anatom. Institut tätig. — Der Privatdozent für mittlere und neuere Geschichte an der Königsberger Universität Archivrat Prof. Dr. Hans Spangenberg ist zum Honorarprofessor daselbst ernannt worden. — Dem Kreisarzt Dr. Ascher in Frankfurt a. M. ist ein Lehrauftrag zur Vertretung der sozialen Hygiene in der medizinischen Fakultät der dortigen Universität erteilt worden. — Der a. o. Professor für indogermanische Sprachwissenschaft an der Frankfurter Universität Dr. Hermann Lommel ist zum ordentlichen Professor daselbst ernannt worden.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Das Gesetz zur Regelung der deutschen Elektrizitätswirtschaft.

Berlin, 4. Sept. Auf Einladung des Reichsschatzministers war gestern und heute im Reichstagsgebäude der Beirat für die Reichselektrizitätswirtschaft zu einer Tagung versammelt. Die Versorgung der mitteldeutschen Energieverbrauchszentren, namentlich Berlins, Leipzigs und Dresden mit Grundbelastungsstrom aus den auf Braunkohle gegründeten Reichswerken in Zschornewitz, Spremberg und Lauta, sowie die süddeutschen Wasserkraftbauten des Reiches wurden ausführlich besprochen. Ueber das nach §1 des Elektrizitätsgesetzes bis zum 1. April nächsten Jahres von der Reichsregierung einzubringende Gesetz zur allgemeinen Regelung der Elektrizitätswirtschaft berichteten Geh. Baurat Köpcke, Dresden, als Vertreter staatlicher Elektrizitätswirtschaft, Direktor Ebbecke, vom Märkischen Elektrizitätswerk, Berlin, als Vertreter kommunaler Elektrizitätswirtschaft und Direktor Breul von der Elektrischen Licht- und Kraftanlagen A.-G., als Vertreter der privaten Elektrizitätswirtschaft. Nach Erörterung der eingehenden Referate wurde zur sachverständigen Beratung des Reichsschatzministers in Fragen der mitteldeutschen Elektrizitätswirtschaft und der süddeutschen Wasserkräfte je ein Ausschuß gewählt.

Zusammenschluß von Malzfabriken. Der Aufsichtsrat der Aktien-Malzfabrik Löbau beschloß, der G.-V. die Verteilung einer Dividende von 4 Prozent (wie i. V.) in Vorschlag zu bringen. Auch die Verwaltung dieser Gesellschaft plant einen wirtschaftlichen Zusammenschluß mit anderen Malzfabriken, um die durch die geringe Gerstenbelieferung beeinträchtigte Rentabilität zu verbessern. Die Aktien der Gesellschaft sind fast restlos in den Besitz der Firma Boehm u. Reitzenbaum in Berlin übergegangen; es ist deshalb anzunehmen, daß die geplante Interessengemeinschaft unter anderem auch mit der Aktien-Malzfabrik Landsberg in Landsberg, Bezirk Halle a. S., geschlossen werden wird, weil deren Aktienmajorität sich in denselben Händen befindet.

Die Vereinigung der Aluminium-Geschirr-Fabrikanten in Hagen i. W. hat ihre Preise für Inland, Exporteure und Ausland herabgesetzt. Desgleichen sind die Ausfuhrmindestpreise der Preisprüfungsstelle für die Aluminiumwaren-Industrie in Hagen i. W. vom Fachausschuß ermäßigt.

Die süddeutschen Salinenverbände ermäßigten die Preise für Steinsalz gewöhnlicher Mahlung auf 6.50 Mk. pro Doppelzentner ab Werk.

Dresdner Preßhefen- und Kornspiritusfabrik, Akt.-Ges., sonst J. L. Braunsch, in Dresden. Der Aufsichtsrat beschloß, der am 28. September stattfindenden Generalversammlung eine Dividende von wieder 18 Proz. vorzuschlagen. Die neuen Aktien nehmen an der Dividende ab 1. Januar 1920 teil.

Hamburger Neugründung. Unter der Firma „Transozeanische Handelsfirma A.-G.“ ist mit dem Sitz in Hamburg eine Gesellschaft errichtet worden für den Betrieb von Handelsgeschäften aller Art, für den Reedereibetrieb und für den Abschluß aller mit diesem Zwecke in Verbindung stehenden Geschäfte. Das Grundkapital beträgt eine Million Mark.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung“.

Die polnischen Bemühungen um Oberschlesien.

Ratibor, 6. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Im Kreise Ratibor werden von den Polen Unterschriften für ein Gesuch gesammelt, durch das bezweckt wird, die Abstimmung in Oberschlesien zu hintertreiben. In diesem Gesuch heißt es u. a., die Polen sollten in Oberschlesien dieselben Zustände schaffen wie nach dem Versailler Vertrag in Posen, das heißt, sie sollen einfach in das Land einrücken, es besetzen und dann das ganze Gebiet für polnisches Land erklären. Aus dieser Aktion geht hervor, daß die Polen jetzt scheinbar mit anderen Mitteln arbeiten wollen als bisher, um Oberschlesien in ihre Hand zu bekommen.

Ungarisch-polnisch-rumänische Bündnisgedanken.

Budapest, 6. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Der nach Warschau entsandte Sonderberichterstatter des Az Est hatte eine Unterredung mit dem polnischen Staatssekretär des Aeußern Dombrowski, der ihm erklärte, daß Polen unbedingt auf das Zusammengehen mit Rumänien rechne. Die rumänischen Politiker, die er in der letzten Zeit gesprochen habe, sollten endlich daran arbeiten, die Möglichkeit eines solchen Zusammengehens zu schaffen, und auch die ungarische Politik hätte den Plan eines polnisch-rumänisch-ungarischen Bündnisses noch nicht aufgegeben. Ungarn müsse mit der gegebenen Lage rechnen und sich an Rumänien und Polen anschließen. Polen selbst würde stets daran arbeiten, mit Rumänien ein großes politisches und vielleicht auch militärisches Zusammengehen zu erreichen.

Die Donaukonferenz.

Basel, 6. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Die Donaukonferenz, die bereits am 1. September in Paris zusammengetreten war, deren Beginn aber verschoben werden mußte, da die Vertreter einiger Staaten noch fehlten, hat nach Meldungen Schweizer Blätter mit ihren Sitzungen nunmehr endlich begonnen. Im Zusammenhang damit erinnern die Pariser Zeitungen wiederum an die ganz hervorragende Wichtigkeit des Donau-Rheinkanals für Frankreich und fordern den französischen Vertreter bei der Donaukonferenz auf, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß Deutschland die diesbezüglich übernommenen Verpflichtungen erfüllt.

Wasserstand.

Wasserstand der Schleuse bei Trotha am 4. 9. 1.52 am 6. 9. 1.68 m

Hallischer Witterungsbericht.

	5. September 9 Uhr abends	6. September 7 Uhr morgens
Barometer Millimeter	748.6	747.8
Thermometer Celsius	15.3	11.6
Rel. Feuchtigkeit %	65%	80%
Wind	S.W. 2	W. 1

Maximum der Temperatur am 5. September 23.1 C.
Minimum in der Nacht vom 5. September zum 6. September 9.2 C
Niederschläge am 6. September 7 Uhr morgens: 1.5 mm

Wetterbericht der „Saale-Zeitung“.

Dienstag, 7. September.

Unbeständig, kühl vereinzelt noch Niederschläge in Schauern.

Unterhaltungsbeilage der Saale-Zeitung, Dienstag, den 7. September. Inhalt: Phinele. Roman von Ludwig Rohmann. — 30 Tage Haft. Von Anselma Heine. — Krankheitsdiagnosen nach der Handschrift. — Bunte Zeitung. — Literatur.

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margella; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200906015/fragment/page=0003

„Prinz Kuckuck!“

Licht-Spiele
Gr. Ulrichstraße 51 Fernruf 4681
Erstaufführung!
„Die Erlebnisse der Tänzerin Fanny Elssler“
Filmroman in 6 spannenden Akten.
In der Hauptrolle:
Lya Mara.
Vorführung: 4.40 6.45 9.00 Uhr.
Hierzu:
Das tolle Lustspiel in 2 Akten:
„Sonnenuntergang mit Sahnenbaisers“.
In den Hauptrollen:
Ernst Martray. Katta Sterna.
Sonntags und Wochentags Einlass 3½ Uhr. Beginn 4 Uhr.
Der zweite Teil!
Der Fluch der Menschheit.
Im Rausche der Milliarden
ab Freitag, den 10. September.

Stadtschützenhaus, Franckestr. 1
Dienstag, den 7. September 1920, abends 8 Uhr
Lichtbilder-Vortrag
über oberschlesische Industrie, Kohle u. Eisen, sowie Vortrag des Herrn Dr. Neborowski aus Breslau über
„Oberschlesien und seine jetzige Lage“
veranstaltet vom
Verband heimattreuer Oberschlesier
zu Halle a. S.

Verglasungen
aller Art liefert schnellstens
Rich. Scheibe, Forsterstr. 56.
Gegr. 1898. Tel. 5273.

Offene Stellen

Wir suchen tüchtigen
Vertreter
für Halle und umliegendes Industriegebiet zum Besuche von Apotheken, Drogisten, Krankenhäusern usw.
Grote & Ritthausen, Dresden-N. 6,
Großhandlung med. pharm. kosm. Bedarfsartikel, Verbandmittel.

Vertreter
aus der Werkzeugbranche gesucht, welcher Maschinen-, Werkzeug- und ähnliche Fabr. besucht. Es handelt sich um einen kleinen, dauernd sehr lohnenden Artikel, der sich bestens einführt.
Norddeutsche Metallwaren-Fabrik, G. m. b. H., Berlin S.42 Prinzenstr. 34.

Kaufgesuche
Alle Sorten
Felle, Häute und Wolle
kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Danglowitz
Fellzurichterei, Fischerplan 2
Fellsammler Vorzugspreise.

Drehspäne!
jedes Quantum kaufen
Rud. Eckhardt & Co.
Alteisengroßhandlung. Telef. 6376.
Telegr.-Adr.: Eisenechardt.

„Prinz Kuckuck!“

Täglich der ungeheure Erfolg!

Leipzigerstrasse 88 — U.T — Alte Promenade 11a

Die Tänzerin Barberina
nach dem gleichnamigen Roman aus dem Zeitalter Friedrichs des Großen v. Adolf Paul.
1 Vorspiel und 6 Akte mit
Lydia Salmonowa, Harry Liedtke, Reinhold Schünzel.

Das Frauenhaus von Brescia.
Ein Kultur- u. Sittengemälde nach dem bekannten gleichnamigen Roman v. Dr. Strobl.
1 Vorspiel und 5 Akte mit
Hedda Vernon, E. Deutsch, Gertrud Welcker, Eduard v. Winterstein.
Verstärktes Orchester.

Beginn 4 Uhr. Infolge des gewaltigen Andranges zu den Abendkassen, bitten wir die Nachmittags-Vorstellungen zu besuchen. Beginn 4 Uhr.

Wir bringen in unserer
am Dienstag, den 7. Sept., beginnenden
Velour-Hut-Woche
erstklassige Qualitäten in den neuesten Formen und Farben zu ganz außergewöhnlich
billigen Preisen
zum Verkauf.
Unsere Schaufenster überzeugen Sie davon!
Geschäftshaus
J. LEWIN
Marktplatz 2 u. 3.

Achtung! Achtung!
Beamte!
Reichstagsabgeordneter
DELIUS
spricht am Freitag, den 10. September, abends 8 Uhr im
Neumarkt-Schützenhaus in einer
Beamten-Versammlung.
Zu dieser hochwichtigen Versammlung sind alle Beamten eingeladen. Auch für Nichtbeamte dürfte es sich empfehlen, sich über die Beamtenprobleme zu unterrichten.
Zur Deckung der Unkosten 50 Pfg. Eintrittsgeld.
Deutsche demokratische Partei, Halle.

Der Gesellige Schneidemühl.
Das Blatt für die, die Neues aus dem deutschen Osten und aus Polen wissen wollen. Zahlreiche „Kleine Anzeigen“. Höchste Auflage u. meistbenutztes Anzeigenblatt in den deutschen Ostgrenzländern. Besonders geeignet für Stellen-Angebote und Immobilien.
Schneidemühl ist deutsch.

Geheimrat Prof. Dr. med. **H. Koerner**
von der Reise zurück

Von der Reise zurück
Prof. Loening
Burgstrasse 31.

Prima Rauchtabak
Feine, Mittel- u. Grobschnitt, hergestellt aus reinem Blättertabak, lose u. paketiert in 100, 250 u. 500 gr. Paketen, von 12 ℳ an per Pfund versenden
Wenzel & Beck,
Rauchtabakfabrik,
Bellheim, Pfalz.

„Prinz Kuckuck!“

Wintergarten
— neu renoviert. —
Frank Herms
Heute Montag 7½ Uhr
Gala-Elite-Vorstellung.
Neues hier nie gesehenes
Weltstadt-Programm
Vorverkauf nur a. d. Kasse i. Wintergarten 11—1 Uhr u. ab 6½ Uhr

Stadt-Theater
Dienstag, den 7. Sept., Anfg. 7, Ende 11 Uhr:
Die Walküre.
Mittwoch:
Die Braut von Messina.

Sämtliche
Dacharbeiten
führt aus Bedachungsgeschäft
Carl Haack jun.
Torstraße 36.

H. Schnee Nachf.,
Gr. Steinstr. 84.
Erstes Spezialgeschäft für gute Strumpfwaren und Trikotagen.

Fr. Zwickert, Halle a. S.,
Delitzscherstraße 9,
empfiehlt von Dienstag, den 7. ds. Mts., wieder einen großen frischen Transport

belgische, dänische, schwedische und oldenburger Pferde
Telefon 2921.

Amtliche Bekanntmachung.

Bekanntmachung.

Die Jagdnutzungen
1. der Vorderheide von ca. 345 ha
   Hinterheide von ca. 350 ha
2. „ Kleinhüfnerschaft von ca. 175 ha und
   „ Ganzhüfnerschaft einschl. der Stadtkabelfeldmark von ca. 425 ha

sollen
am Donnerstag, den 23. September 1920, vormittags 11 Uhr
im Sitzungssaale des hiesigen Rathauses auf sechs Jahre verpachtet werden, wozu Pachtliebhaber eingeladen werden. Bedingungen liegen im Termin öffentlich aus und werden bekannt gegeben, auch können diese gegen Erstattung der Schreibgebühren von hier bezogen werden.

Bad Schmiedeberg, den 24. August 1920.
(Bezirk Halle).
Der Magistrat — der Jagdvorsteher.
J. V. Haase.

Familien-Nachrichten.

Die glückliche Geburt eines
Eva Edith **Töchterchens**
zeigen in dankbarer Freude an
Otto Schultz u. Frau
Gertrud geb. **Hennig.**
Halle a. S., den 4. Sept. 1920. Lalontainestr. 33.

Für die überaus zahlreichen Beweise liebevoller Teilnahme beim Hinscheiden unseres teuren Entschlafenen, des Herrn
Alfred Kaschner
sagen auf diesem Wege herzlichsten Dank.
Frau Witwe Marie Kaschner geb. Kramer,
Walter Kaschner, Parkstr. 2.

Statt besonderer Meldung.
Am 4. d. Mts., abends ½7 Uhr, verschied plötzlich und unerwartet unsere herzensgute Mutter, Schwieger- u. Grossmutter
Frau Rentiere **Emma Danneberg**
geb. **Hoffmann**
im fast vollendeten 77. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Veterinärrat **Friedrich** und **Frau,**
Klara geb. **Danneberg,**
Abteilungsvorsteher **Paul Böttcher** und **Frau**
Helene geb. **Danneberg,**
Franz Friedrich als Enkel.
Halle a. S., den 6. September 1920.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 8. September, 12½ Uhr, von der Kapelle des Nordfriedhofes aus statt.
Beileidsbesuche dankend verbeten.

Seidene 233/5
Damen-Blusen
kauft man preiswert bei
H. Schnee, Nachf.
Gr. Steinstraße 84.

„Prinz Kuckuck!“

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200906015/fragment/page=0004